



An den Grossen Rat

18.5225.06

FD/P185225

Basel, 6. Mai 2026

Regierungsratsbeschluss vom 5. Mai 2026

## **Anzug David Jenny betreffend «systematische Überprüfung der Vergütungen von Mitgliedern in Gremien des Kantons Basel-Stadt»**

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 12. November 2025 vom Schreiben 18.5225.05 vom 14. Oktober 2025 des Regierungsrates Kenntnis genommen und dem Antrag des Regierungsrates folgend den nachstehenden Anzug David Jenny stehen lassen und dem Regierungsrat zum erneuten Bericht überwiesen:

«Unser Kanton zählt in vielen Gremien, von strategischen Führungsgremien der Spitäler, der BVB und der BKB über Rekurskommissionen, Kommissionen wie die Stadtbildkommission oder Museumskommission oder die Aufsichtskommission Staatsanwaltschaft, um nur beispielhaft einige zu nennen, auf das Engagement und Fachwissen zahlreicher Personen. Diese werden für ihre Dienste höchst unterschiedlich entschädigt.

Leitmotiv der Vergütungspraxis ist bei vielen Gremien offensichtlich noch immer das "nobile officium", die Entschädigungen bewegen sich eher im symbolischen Bereich, vielleicht aufgerundet durch ein gelegentliches Nachtessen. Für andere Gremien, insbesondere Verwaltungsräte von Spitälern, der BVB, der BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel und dem Bankrat der BKB, sind die Vergütungen deutlich marktnäher festgesetzt: die Erwartung, es bestehe auch ein ehrenamtlicher Anteil, scheint dort nicht gegeben zu sein. Werden die Anforderungen an Fachwissen, Führungserfahrung und die tatsächliche Verantwortung (und nicht die oft theoretische Verantwortung von Mitgliedern von Gremien von Institutionen mit rechtlicher oder tatsächlicher Staatshaftung und/oder weitgehend gesichertem Budget) nebst dem Zeitaufwand als Grundlagen für die Einstufung der verschiedenen Ämter genommen, so relativiert sich unter Umständen in vielen Fällen der Unterschied zwischen Ämtern, in denen eine ehrenamtliche Komponente erwartet wird, und solchen, wo diese Erwartung nicht besteht. Die Anzugsstellenden erachten es als angebracht, dass die Regierung die Vergütungspraxis überprüft und falls nötig Anpassungen vornimmt.

Der Regierungsrat soll somit folgendes prüfen und dazu berichten:

1. Verfügt der Regierungsrat über eine Gesamtübersicht aller Vergütungen für die Mitarbeit in Gremien aller Art im Konsolidierungskreis des Kantons Basel-Stadt? Falls ja, sind die Kriterien, nach denen Vergütungen festgesetzt werden, aktuell und werden vom Regierungsrat oder anderen zuständigen Behörden durchgesetzt?
2. Falls keine solche Übersicht besteht und/oder Kriterien nicht festgesetzt sind, ist dann der Regierungsrat bereit, dies nachzuholen?
3. Wie legt der Regierungsrat den ehrenamtlichen Faktor fest, der zu einer Kürzung von Vergütungsansätzen gegenüber marktnahen Ansätzen führt?
4. Nach welchen Kriterien legt der Regierungsrat fest, für welche Gremien keinerlei ehrenamtliche Komponente in die Vergütung einfließt?

5. Führen Vergütungen, die einen grossen Ehrenamtsanteil reflektieren, zu (einzelnen) Rekrutierungsschwierigkeiten? Ist bei Gremien, die auch Nichtkantonsangehörigen offenstehen, die Durchsetzung eines Ehrenamtsanteils schwieriger?
6. Ist eine stärkere Systematisierung der Vergütungspraxis angezeigt? Falls ja, können im Konsolidierungskreis einzelne Anpassungen nach oben durch einzelne Anpassungen nach unten kompensiert werden, so dass konsolidiert keine Mehrbelastung resultiert?

David Jenny, Erich Bucher, Joël Thüring, Andreas Zappalà, Jeremy Stephenson, Christian von Wartburg, Felix W. Eymann, Sarah Wyss, Balz Herter, Stephan Mumenthaler, Luca Urgese, Catherine Alioth, Martina Bernasconi, Salome Hofer, Mark Eichner, Michael Wüthrich, Heinrich Ueberwasser, Katja Christ, Patricia von Falkenstein, Andrea Elisabeth Knellwolf, Tanja Soland, Beatriz Greuter, Beatrice Isler, Thomas Grossenbacher, Beat Braun, Christian C. Moesch, Franziska Reinhard, Claudio Miozzari»

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

## 1. Anzugsanliegen

Der Grosse Rat hat am 19. September 2018 den Anzug David Jenny und Konsorten betreffend «systematische Überprüfung der Vergütungen von Mitgliedern in Gremien des Kantons Basel-Stadt» (nachfolgend «Anzug») dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen. Im Zentrum des Anzugsanliegens steht die aktuelle Vergütungspraxis und deren Anpassungsbedarf.

## 2. Ausgangslage

Mit Beschluss vom 16. Januar 2019 (GRB Nr. 19/3/26G) hat der Grosse Rat den vom Regierungsrat mit Schreiben vom 5. Dezember 2018 (18.5225.02) zur Abschreibung beantragten Anzug stehen lassen. Dies insbesondere darum, weil er in der Beantwortung Ausführungen zum «Ehrenamtlichkeitsabzug» und dessen Umsetzung im Kanton vermisste.

Mit Schreiben vom 21. April 2021 hat der Regierungsrat zum Anzug erneut Stellung genommen und sich dabei für die Beibehaltung des Prinzips der Ehrenamtlichkeit von Kommissionstätigkeiten ausgesprochen. Bezüglich Umsetzung in der Praxis führte er zudem aus, dass die Auszahlung von Sitzungsgeldern an Kommissionsmitglieder departementsübergreifend nach möglichst einheitlichen Kriterien erfolgen solle, diesbezüglich jedoch eine gewisse Heterogenität festzustellen sei. Diesen Umstand möchte er vertiefter prüfen und bei Bedarf Anpassungen vornehmen. Entsprechend beantragte er, den Anzug stehen zu lassen (18.5225.03). Diesem Antrag ist der Grosse Rat am 19. Mai 2021 gefolgt (GRB Nr. 21/21/2.42G).

Mit Schreiben vom 6. September 2023 (18.5225.04) informierte der Regierungsrat den Grosse Rat, dass die aktuelle Regelung überarbeitet werden muss. Ziel sei die Vereinfachung. Dafür sei eine Revision der geltenden Regelungen notwendig. Dem Antrag des Regierungsrates folgend, hat der Grosse Rat den Anzug am 18. Oktober 2023 erneut stehen lassen (GRB Nr. 23/42/2.52G).

Schliesslich informierte der Regierungsrat den Grosse Rat mit Schreiben vom 15. Oktober 2025 (18.5225.05) darüber, dass die Auswertung einer ersten Vernehmlassung die vollständige Überarbeitungsnotwendigkeit der aktuellen Regelung bestätigte, zur neuen Vorlage eine erneute verwaltungsinterne Konsultation durchgeführt werde und die Vorlage an den Regierungsrat bis Sommer 2026 geplant sei. Dem Antrag des Regierungsrates folgend, hat der Grosse Rat den Anzug am 12. November 2025 mit Frist bis 12. November 2027 erneut stehen lassen (GRB Nr. 25/46/02.35G).

### **3. Regelung aktuell: Weisung betreffend Ausrichtung von Sitzungsgeldern**

#### **3.1 Geltungsbereich der Weisung**

Basis für die aktuelle Entschädigung von Kommissionsmitgliedern, die vom Regierungsrat auf dessen Amtsdauer ernannt werden, bildet die Weisung betreffend Ausrichtung von Sitzungsgeldern vom 5. Februar 2002 (SG 153.115, nachfolgend: Weisung). Diese Weisung findet auch auf Departementskommissionen Anwendung, wenn der Regierungsrat dies ausdrücklich beschliesst.

#### **3.2 Kriterien der Bemessung sind unklar**

Gemäss geltender Weisung sind für die Bemessung der Sitzungsgelder folgende Kriterien von Relevanz: Aufwand (Anzahl und Länge der Sitzungen, Dauer des Aktenstudiums, spezifischer Zusatzaufwand der Präsidien sowie Zusatzaufwand der Kommissionsmitglieder ausserhalb der Sitzungen); Anstellungsverhältnis beim Staat; Qualifizierung als unselbständigerwerbend oder selbständigerwerbend mit Verdienstausschluss; Zusatzvergütung für weittragende Entscheidungen bzw. die Vorbereitung solcher Entscheidungen. Diese Bemessungskriterien haben sich in der Praxis bewährt.

Aus der Weisung geht jedoch nicht klar hervor, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Gesamthöhe ein Anspruch auf Sitzungsgelder besteht. Dies insbesondere deshalb, weil in der Weisung verschiedene «Grundansätze» und «Zuschläge» genannt werden, dabei jedoch unklar ist, ob bzw. in welchem Umfang und in welcher Kombination ein Anspruch auf diese Grundansätze und Zuschläge vorliegt. Dies hat in der Praxis massgeblich zu der vom Regierungsrat festgestellten Heterogenität beigetragen.

### **4. Erlass zwei neuer Verordnungen**

Der Regierungsrat hat am 5. Mai 2026 (P250468) die geltende Weisung aufgehoben und zwei neue Verordnungen beschlossen mit Inkraftsetzung per 1. Januar 2027:

- Verordnung über die Entschädigung von Kommissionsmitgliedern (VEKo) und
- Verordnung betreffend die Entschädigung der Mitglieder der Baurekurs-, der Personalrekurs- und der Steuerrekurskommission sowie der Staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten und der Kantonalen Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen (VEKoS).

Ziel der neuen Regelungen ist:

- die Vereinfachung und damit einheitliche Anwendung;
- die Anpassung der Entschädigungen an die Teuerung;
- die Regelung der Entschädigungen für die Mitglieder von Rekurskommissionen und Schlichtungsstellen in einer separaten Entschädigungsverordnung (aufgrund deren Weisungsunabhängigkeit und Rechtsprechungskompetenz).

#### **4.1 VEKo / Wesentliche Eckwerte**

##### **4.1.1 Geltungsbereich**

Die VEKo regelt die Entschädigung für die Mitwirkung in Kommissionen, deren Mitglieder vom Regierungsrat gewählt sind (sog. regierungsrätliche Kommissionen). Die Verordnung findet auch Anwendung auf Departementskommissionen (Kommissionen, deren Mitglieder von den Departementsvorstehenden gewählt werden). Die Entschädigungen der Mitglieder der Baurekurs-, der Personalrekurs- und der Steuerrekurskommission sowie der Staatlichen Schlichtungsstelle für

Mietstreitigkeiten und der Kantonalen Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen richten sich nach der VEKoS (siehe Ziff. 4.2).

#### **4.1.2 Grundsatz der Ehrenamtlichkeit**

Der Regierungsrat hat im Antwortschreiben vom 21. April 2021 (18.5225.03) bereits festgehalten, dass er am Grundsatz der Ehrenamtlichkeit festhalten möchte. Neu besteht entsprechend ein Entschädigungsanspruch ab einer Teilnahme an mehr als drei Sitzungen pro Jahr. Im Sinne der Gleichbehandlung ist damit der Fokus – analog der Höhe der Entschädigung – auf dem jeweiligen Mitglied und nicht auf der Kommission.

#### **4.1.3 Grundansätze werden vereinfacht**

Die neuen Bestimmungen differenzieren wie bisher zwischen Grundansätzen und kumulativ auszurichtenden zusätzlichen Entschädigungen. Bei den Grundansätzen erfolgt eine Unterscheidung zwischen dem Grundansatz, welche für grundsätzlich beratende Kommissionen angewandt wird, und einem erhöhten Grundansatz für Kommissionen mit weittragenden Entscheidungen. Zu den beratenden Kommissionen zählen bspw. die Bauschutzkommission oder die Begutachtungskommission. Zu den Kommissionen mit weittragenden Entscheidungen gehört bspw. die Tierversuchskommission (siehe Anhang zur VEKo).

Der Grundansatz umfasst alle Aufwände eines Kommissionsmitglieds im Zusammenhang mit einer Sitzung. Insbesondere das Aktenstudium wird nicht mehr separat vergütet, wie es in der bisherigen Weisung vorgesehen war.

### **4.2 VEKoS / Wesentliche Eckwerte**

#### **4.2.1 Geltungsbereich**

Die VEKoS gilt für die Mitglieder der Steuerrekurs-, Personalrekurs- und Baurekurskommission sowie der Staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten und der kantonalen Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen.

#### **4.2.2 Entschädigungsansätze richten sich nach denjenigen der Gerichte**

Gremien mit Weisungsunabhängigkeit und richterlicher Funktion sind von den regierungsrätlichen Kommissionen oder Departementskommissionen zu unterscheiden. Die Ehrenamtlichkeit findet keine Anwendung. Deren Entschädigung wird neu analog den Gerichten Basel-Stadt höher entschädigt bzw. wird in Anlehnung an die Entschädigung erstinstanzlicher Richterinnen und Richter der Gerichte in Basel-Stadt festgelegt (siehe Entschädigungsreglement der Gerichte Basel-Stadt vom 24. Juni 2019, SG 154.300).

#### **4.2.3 VEKo findet subsidiär Anwendung**

Subsidiär gelten die Bestimmungen der VEKo, bspw. betreffend Regelung zur Entschädigung für ausserordentlichen Aufwand oder zur zusätzlichen Entschädigung für Betreuungsaufgaben.

## **5. Inkraftsetzung**

Die neuen Verordnungen treten am 1. Januar 2027 in Kraft. Auf den gleichen Zeitpunkt wird die Weisung aufgehoben.

## 6. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug David Jenny betreffend «systematische Überprüfung der Vergütungen von Mitgliedern in Gremien des Kantons Basel-Stadt» abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer  
Regierungspräsident



Marco Greiner  
Vizestaatsschreiber